

„Die sind doch eh alle gleich!?“ Über die (Un-)Unterscheidbarkeit von kommunalen Wahlangeboten

Thomas Waldvogel und Michael Wehner

1. Einleitung

„Die kommunalpolitischen Fragen lassen sich sehr viel schwerer unter dem Aspekt parteipolitischer Programme erfassen [...]. Es gibt keine christliche Straßenbeleuchtung und keine sozialistischen Bedürfnisanstalten“ (Eschenburg, 1967:139). Diese Notiz bereits zu Beginn der systematisch-forschenden Politikwissenschaft in Deutschland ist auch heute noch einer der wichtigsten Ankerpunkte in der kommunalpolitischen Forschung, Praxis und Bildung. Die Kontroverse vollzieht sich dabei zwischen den Polen einer rein auf Sachzwängen und -entscheidungen basierenden Politik in den Gemeinden und Städten einerseits, und einer von Ideologie geprägten, weltanschaulichen Parteipolitik in kommunalpolitischen Arenen andererseits (Nyhuis, 2016). Diese beiden gegensätzlichen Annahmen über den Charakter von Lokalpolitik postulieren unterschiedliche Erwartungen an den kommunalpolitischen Wettbewerb. Während eine von Sachzwängen gekennzeichnete Kommunalpolitik zu einer Konvergenz des politischen Angebots führen sollte, würde die Annahme über einen weltanschaulich, parteipolitisch geprägten Wettbewerb unterschiedliche Profile des Wahlangebots befördern. Divergenz stärkt die Unterschiede zwischen politischen Wettbewerbern; Konvergenz forciert hingegen deren programmatische Ähnlichkeit.

Der vorliegende Beitrag diskutiert vor diesem Hintergrund die Fragen, inwiefern sich kommunalpolitische Parteien, Wählervereinigungen und Wahllisten in Sachfragen tatsächlich unterscheiden und entlang welcher Dimensionen sich diese Unterschiede strukturieren. Um Antwort auf diese Fragen zu geben, analysieren wir beispielhaft die programmatischen Parteipositionen im sogenannten Kommunal-O-Mat aus Freiburg,



Thomas Waldvogel

Pädagogischer Fachreferent der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Prof. Dr. Michael Wehner

Leiter der Abteilung 5 „Regionale Arbeit“ und der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg sowie Lehrbeauftragter am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

einem spielerischen Online-Wahlinformationsangebot der Landeszentrale für politische Bildung zur Kommunalwahl 2019 in Baden-Württemberg.

2. Der Kommunal-O-Mat

Der Kommunal-O-Mat¹ bietet seinen Nutzer*innen die Möglichkeit, die eigenen Standpunkte mit denen der zur Kommunalwahl antretenden Parteien und Wahlvereinigungen zu vergleichen. Grundlage des Vergleichs bilden 31 Thesen, die gemeinsam mit einer Jugendredaktion entwickelt und von den Parteien und Wahlvereinigungen beantwortet wurden. Das Online-Instrument bietet auf dieser Datenbasis also nicht nur Informationen darüber, wie stark oder schwach einzelne Nutzer*innen mit verschiedenen Wahlangeboten übereinstimmen. Vielmehr lassen sich aus den Daten beispielhaft auch Informationen über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den zur Wahl stehenden Parteien, Wahllisten und Wählervereinigungen auf kommunaler Ebene gewinnen. Deren Extraktion in einem Politikraum und die inhaltliche Interpretation der Raumdimensionen sind die Ziele der nachfolgenden Analyse.

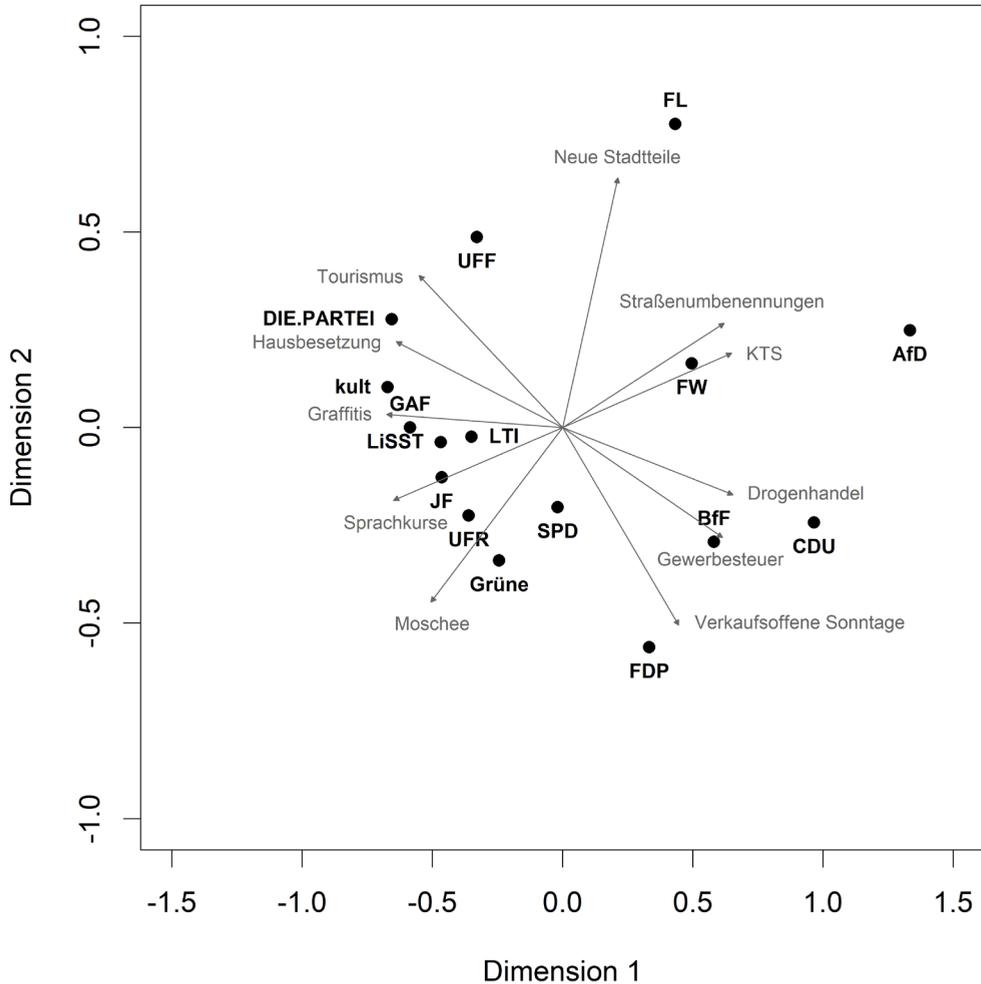
Als Rohdaten dienen die 31 Thesen des Kommunal-O-Mats, zu denen sich alle sechzehn Parteien, Wahllisten und Wählervereinigungen mit „stimme zu“, „neutral“, „stimme nicht zu“ positionierten. Für unsere Analyse haben wir diesen Antworten die Werte 2, 1 und 0 zugeordnet, was einer maximalen Differenz von 62 entspricht, wenn sich zwei Wahlangebote vollkommen gegensätzlich zu allen Sachfragen positionieren würden. Wir beschränken unsere Untersuchung auf die sechzehn erfolgreichen Wettbewerber, die nach der Wahl in den Stadtrat einzogen.²

3. Analyse

3.1. Räumliche Darstellung per multidimensionaler Skalierung

Der Kommunal-O-Mat enthält Informationen darüber, wie (un-)ähnlich sich die kommunalpolitischen Akteure in ihrem Antwortverhalten bezüglich der gestellten Thesen sind. Auf Grundlage dieser Information können die Daten verwendet werden, um mittels einer multidimensionalen Skalierung (MDS) das Gesamtmuster dieser (Un-)ähnlichkeiten zwischen den Parteien zu extrahieren und dieses Muster in einer zweidimensionalen, räumlichen Darstellung zu visualisieren (für eine nähere Beschreibung des Verfahrens siehe Borg et al. 2013).³ Um die Raumdimensionen inhaltlich interpretieren zu können, haben wir darüber hinaus eine Auswahl an exemplarischen Politik-Items (Thesen) in den kommunalen Politikraum projiziert.

Abbildung 1: MDS-Konfiguration des kommunalen Politikraums



Dimension 1: Die soziokulturelle Konfliktlinie; Dimension 2: Die sozioökonomische Konfliktlinie

Wenn wir Abbildung 1 betrachten, können wir erkennen, dass sich die Dimensionen des Politikraums inhaltlich klar interpretieren lassen. So sehen wir im unteren, rechten Quadranten der Grafik wirtschaftsfreundliche Positionen; beispielsweise die Forderung, dass Unternehmen weniger Gewerbesteuer zahlen müssen oder dass verkaufsoffene Sonntage eingeführt werden sollten. Diese werden ergänzt durch die Wünsche nach einem Anwerbeprogramm für ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland und der Aufhebung der Sperrstunde für Bars und Clubs in Freiburg (nicht abgebildet). Demgegenüber stehen die Anliegen, die Tourismusförderung einzuschränken und die wirtschaftsfördernde Bauplanung neuer Stadtteile bis 2024 zu verbieten. Die vertikale Dimension spiegelt folglich eine sozioökonomische Konfliktlinie des kommunalpolitischen Wettbewerbs wieder. Die horizontale Achse scheint hingegen durch soziokul-

turelle Konflikte in der Kommunalpolitik geprägt. So sind auf der linken Seite der Grafik Positionen projiziert, die Hausbesetzungen als ein politisches Mittel akzeptieren, die sich gegen die Entfernung von illegalen Graffiti durch die Stadt aussprechen, kostenlose Sprachkurse auch für Asylbewerber*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus befürworten und den Bau einer Moschee mit Minarett unterstützen. Diesen stehen auf der rechten Seite der Grafik Positionen gegenüber, die die Streichung von städtischen Mitteln für ein autonomes Zentrum, dem sogenannten Kulturtreff in Selbstverwaltung (KTS) fordern, sich für eine konsequente Verfolgung von Drogenhandel aussprechen und sich gegen weitere Umbenennungen von Straßen wenden, deren Namensgeber in nachweisbarer Verbindung mit Rassismus, Antisemitismus, Militarismus, Frauenfeindlichkeit und dem Nationalsozialismus stehen. Die Analyse macht deutlich, dass der Gegensatz von progressiv-liberalen und konservativ-autoritären Positionen auf gesellschaftliche Fragen bestimmender für den kommunalpolitischen Wettbewerb ist, als dies auf wirtschaftliche Fragen der Lokalpolitik zutrifft.

Wie positionieren sich nun aber die Parteien, Wahllisten und Wählervereinigungen innerhalb des in Abbildung 1 skizzierten Politikraumes? Mit Blick auf die sozioökonomische Dimension zeigt die FDP das eindeutigste Profil im Sinne einer wirtschaftsfreundlichen Lokalpolitik: Sie setzt sich für die Einführung verkaufsoffener Sonntage und die Absenkung der Gewerbesteuer ein, ebenso wie sie ein Anwerbeprogramm für ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland und die Aufhebung der Sperrstunde für Bars und Clubs in Freiburg (grafisch nicht abgebildet) unterstützt. Ein kommunalpolitischer Gegenpol auf der sozioökonomischen Konfliktlinie ist hingegen im extrahierten Politikraum nicht eindeutig auszumachen. Am ehesten kann dies noch für die Wahlliste „Freiburg Lebenswert“ gelten, die die beispielhaft angeführten Thesen weitgehend entgegengesetzt beantwortet. Neben diesem nicht eindeutigen Bild kommt hinzu, dass die Differenzierung entlang der vertikalen Achse nicht sehr stark ausgeprägt ist. So liegen die „Kulturliste Freiburg“, die „Grüne Alternative Freiburg“, die „Linke Liste – Solidarische Stadt“ und die Liste „Teilhabe und Inklusion“ auf dem Nullpunkt der Achse. Diese Notizen können als weiterer Hinweis interpretiert werden, dass die sozioökonomische Konfliktlinie weniger charakteristisch für den kommunalpolitischen Wettbewerb ist. Demgegenüber ist die Unterscheidbarkeit auf der horizontalen Achse zwischen den Wahlangeboten deutlich stärker ausgeprägt – allerdings in asymmetrischer Weise. So ist es zum einen insbesondere die CDU, die eine in gesellschaftspolitischen Fragen konservativ-traditionelle Positionierung einnimmt. Sie lehnt beispielsweise weitere Straßenumbenennungen ebenso ab wie eine städtische Finanzierung des autonomen Kulturzentrums (KTS) und befürwortet eine stärkere kommunalpolitische Law-and-Order-Politik mit einer konsequenten Bekämpfung des Drogenhandels. Lediglich die AfD positioniert sich auf der soziokulturellen Achse rechts von der CDU. So lehnt sie darüber hinaus eine weitergehende Förderung des Stadttheaters ab, genauso wie sie Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden verweigert und damit diametral zu den Forderungen der vielfältigen, linken Gegenseite steht. Während die SPD den Nullpunkt auf der horizontalen Achse markiert, ist die linke Hälfte der Grafik von einer großen Anzahl des kommunalen Wahlangebots besetzt. Diese Vielzahl an Listen (z.B. „Kulturliste Freiburg“, die „Grüne Alternative Frei-

burg“, die „Linke Liste – Solidarische Stadt“) eint, dass sie nicht nur Hausbesetzungen als politisches Mittel für legitim erachten, kostenlose Sprachkurse auch für Asylbewerber*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus befürworten und den Bau einer Moschee mit Minarett unterstützen, sondern auch für eine höhere Inklusionsquote eintreten und den Fahrradstellplätzen Vorrang vor Autoparkplätzen bei Neubauten einräumen (grafisch nicht abgebildet).

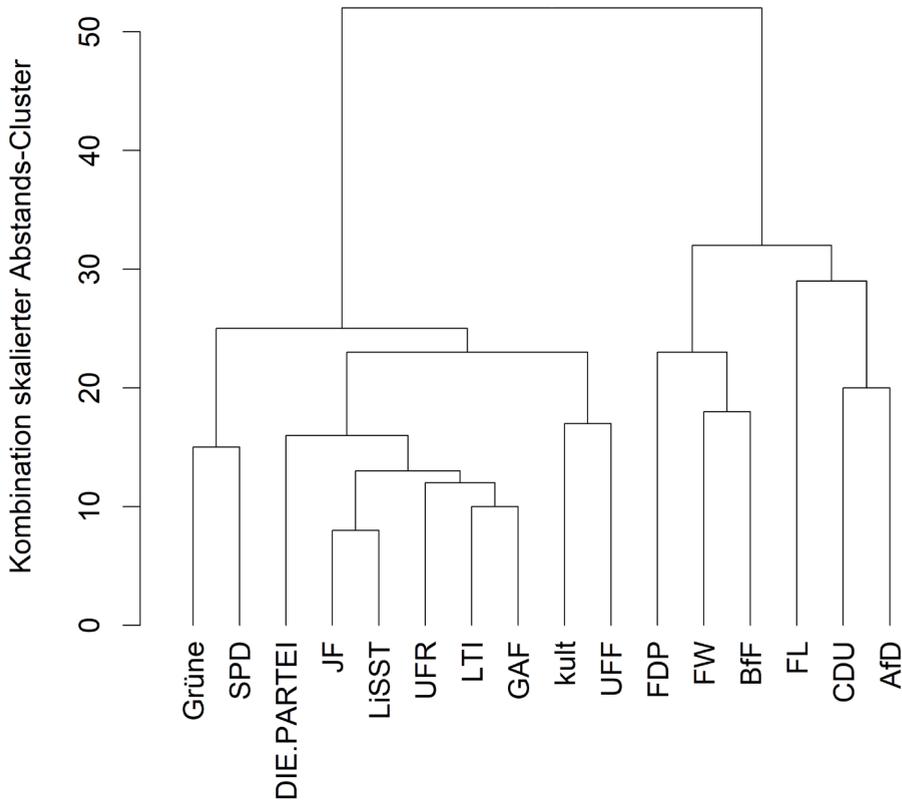
Es ist also vor allem die Alleinstellung der AfD, die den kommunalpolitischen Raum auf der rechten gegenüber der ausdifferenzierten Ausgestaltung auf der linken Seite der gesellschaftspolitischen Achse polarisiert. Dies wird auch ersichtlich, wenn wir die Information aus unserer Distanzmatrix zugrunde legen. So entspricht die Distanz zwischen der AfD und der Grünen Alternative Freiburg (GAF) 84 Prozent der maximal möglichen Distanz über alle Politik-Items hinweg. Ähnlich gilt dies auch für Junges Freiburg (76%), Urbanes Freiburg (74%), die Kulturliste Freiburg (74%), die Linke Liste – Solidarische Stadt (LISST; 73%), die Liste Teilhabe und Inklusion (LTI; 71%) und die PARTEI (71%). Innerhalb dieser Gruppe sind die Unterschiede wiederum sehr gering ausgeprägt. So entspricht die Distanz der LISST zu GAF und LTI lediglich 15 Prozent zu Junges Freiburg gar nur 13 Prozent der maximal möglichen Entfernung.

Bis hierhin zeigt unsere Analyse ein differenziertes Bild über die (Un-)Unterscheidbarkeit des kommunalpolitischen Wahlangebots. Während auf der sozioökonomischen Achse lediglich die FDP ein klares Profil ausbilden kann, zeigt sich auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie eine klare Unterscheidbarkeit zwischen linksprogressiven und rechtskonservativen Positionen. Gleichzeitig deuten unsere Ergebnisse an, dass insbesondere die Wahlangebote auf der linken Seite der Grafik starke inhaltliche Übereinstimmungen aufweisen, die die Wahlentscheidung für die Wähler*innen erschweren könnte.

3.2. Clusteranalyse

Die skizzierten Ergebnisse aus der MDS geben erste Hinweise auf die Unterscheidbarkeit des lokalpolitischen Wahlangebots auf Basis einer visuellen Interpretation des kommunalen Politikraumes. Das Skalierungsverfahren bietet jedoch keine statistisch begründete Aussage darüber, inwieweit Lager oder Gruppierungen auf der Basis der Ähnlichkeiten in den Daten vorliegen (Wagschal & König, 2015). Deshalb greifen wir mit der Clusteranalyse im Folgenden auf ein direkt datengetriebenes Verfahren zurück. Dieses statistische Verfahren zielt darauf ab, Strukturen in Daten aufzudecken, indem Objekte (hier: Parteien) derart in Gruppen eingeteilt werden, dass diese Gruppen in sich möglichst homogen, nach außen zu anderen Gruppen hin aber möglichst unterschiedlich sind (Wagschal & König, 2015). Dafür werden die Informationen über die Merkmalsausprägungen herangezogen und die Objekte gemäß ihren Ähnlichkeiten schrittweise gruppiert (fusioniert). Für die Berechnung der Ähnlichkeiten und die Gruppenbildung müssen ein geeignetes Distanzmaß sowie ein Fusionierungsalgorithmus zur schrittweisen Verschmelzung der Objekte festgelegt werden. Abbildung 2 zeigt das sogenannte Baumdiagramm des kommunalen Parteienwettbewerbs.

Abbildung 2: Dendrogramm der Clusteranalyse. Baumdiagramm des kommunalen Wettbewerbs



Darin lässt sich auf den ersten Blick eine Unterscheidung zwischen einem linken und einem rechten Cluster in der Grafik erkennen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich weiterhin, dass das sehr vielfältige Wahlangebot von insgesamt 16 Parteien, Wahllisten und Wählervereinigungen in sieben Untergruppen unterteilt werden kann. Auf der linken Seite der Grafik bilden die beiden, auf unterschiedlichen Ebenen des bundesdeutschen politischen Systems etablierten Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die SPD eine gemeinsame Gruppe. Ein zweites Cluster wird von einer Vielzahl an kleineren Listen gebildet: Junges Freiburg, Linke Liste – Solidarische Stadt, Urbanes Freiburg, Liste Teilhabe und Inklusion sowie die Grüne Alternative sind weitgehend homogen in ihren politischen Positionen. Inhaltlich nahegelegen aber dennoch unterscheidbar ist das dritte Cluster, gebildet aus der Kulturliste und den Unabhängigen Frauen. Auf der rechten Seite des Dendrogramms weist die FDP ein weitgehend eigenständiges Profil auf, während Freie Wähler und die Liste Bürger für Freiburg zusammen gruppiert werden. Auch Freiburg Lebenswert, die CDU und die AfD, die am

rechten Rand der Abbildung liegt, sind weitgehend unterscheidbar in ihren inhaltlichen Positionierungen. Es zeigt sich, dass das linke Lager mit Blick auf die Vielzahl an Wahlangeboten einerseits sehr ausdifferenziert, gleichzeitig inhaltlich deutlich homogener ist, als dies im rechten Cluster der Fall ist, in welchem die politischen Wahlangebote weitgehend unterscheidbar bleiben.

4. Diskussion

Unsere Analyse liefert ein differenziertes Bild über die programmatische (Un-)Unterscheidbarkeit kommunalpolitischer Wahlangebote. Gleichzeitig unterliegt sie verschiedenen Einschränkungen. Erstens handelt es sich bei unserer Analyse um eine exemplarische Einzelfallstudie einer südbadischen Universitätsstadt, was die Generalisierbarkeit auf andere Kontexte einschränkt. Dies gilt schon allein deshalb, weil es bekannt ist, wie stark Kommunalpolitik an lokale Kontexte gebunden ist, und kontextuelle Faktoren, wie beispielsweise die Gemeindegröße erheblichen Einfluss auf die Parteiloyalisierung des lokalen Wettbewerbs haben. Zweitens sind die Informationen über die programmatischen Positionen der insgesamt 16 Parteien, Wahllisten und Wählervereinigungen auf die 31 Thesen des Kommunal-O-Mat limitiert, deren Ausdifferenzierung mit lediglich drei Antwortmöglichkeiten ebenfalls eingeschränkt ist. Drittens haben wir keine Information über die Salienz einzelner Themenfelder. So könnte es sein, dass beispielsweise das Themenfeld „Innere Sicherheit“ im Kommunal-O-Mat mit lediglich einer These deutlich unterrepräsentiert ist, gemessen an der Bedeutung für die unterschiedlichen Wahlangebote oder Wähler*innen. Da uns diesbezüglich keine Informationen vorliegen, wurde auch keine Gewichtung der verschiedenen Thesen vorgenommen. Zukünftige Forschungsarbeiten sollten folglich versuchen, Analysen über weitere spielerische Wahlinformationsangebote zur Kommunalpolitik zu leisten (Brenker & Israel, 2016) und Ansätze zu verfolgen, die die Themengewichte berücksichtigen (König & Waldvogel, 2018).

Im Bewusstsein dieser Einschränkungen sind wir dennoch zuversichtlich, auf Basis der Ergebnisse unserer Analyse argumentieren zu können, dass kommunalpolitische Wahlangebote mitnichten als „postpolitisch“ bezeichnet werden können. Vielmehr können wir eine große Unterscheidbarkeit des lokalen Wahlangebots aufzeigen. Ziel politischer Bildung sollte es sein, diese Unterschiede für Wähler*innen offenzulegen, um die politische Meinungsbildung und Urteilsfähigkeit zu fördern. Darüber hinaus ergänzen unsere Ergebnisse bestehende Befunde (Gross & Jankowski, 2020), die vor allem die Konfliktlinie von „nationalen“ vs. „lokalen“ Policies in den Programmen der kommunalen Wettbewerber betonen, in dem Maße, als dass wir einen detaillierten Einblick in die zweite identifizierte links-rechts-Achse bieten. Wir differenzieren diese klassische links-rechts-Semantik für die Kommunalpolitik aus und zeigen, dass die Analyse von lokalpolitischen Parteipositionen durch die Identifizierung einer sozioökonomischen und soziokulturellen Konfliktlinie anschlussfähig an die Heuristik empirisch-vergleichender Parteienforschung zu regionalen und nationalen Politikräumen ist.

Anmerkungen

- 1 www.kommunal-o-mat.de
- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Grüne), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Linke Liste – Solidarische Stadt (LiSSt), FREIE WÄHLER e.V. (FW), Freiburg Lebenswert (FL), Freie Demokratische Partei (FDP), Kulturliste Freiburg (kult), Junges Freiburg (JF), Grüne Alternative Freiburg (GAF), Unabhängige Frauen Freiburg (UFF), Die PARTEI, Liste Teilhabe und Inklusion (LTIfr), Alternative für Deutschland (AfD), Urbanes Freiburg (UFR), Bürger für Freiburg (Bff).
- 3 Unsere statistischen Prüfergebnisse dieser Lösung legen nahe, dass eine zweidimensionale Darstellung adäquat ist.

Literatur

- Borg, I., Groenen, P. J. F. and Mair, P. (2013) Applied Multidimensional Scaling. Berlin: Springer <http://link.springer.com/10.1007/978-3-642-31848-1>.
https://doi.org/10.1007/978-1-4757-2711-1_1
- Brenker, M., & Israel, J. (2016). Mobilisierung von Jungwählern durch kommunale Online-Wahlhilfen. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 65(4). <https://doi.org/10.3224/gwp.v65i4.06>
- Eschenburg, T. (1967). Rathausparteien, das Zukunftsmonopol der „Politiker“. *Eschenburg, Theodor: Kritische Betrachtungen, München*.
- Gross, M., & Jankowski, M. (2020). Dimensions of political conflict and party positions in multi-level democracies: Evidence from the Local Manifesto Project. *West European Politics*, 43(1), 74-101.
<https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1602816>
- König, P. D., & Waldvogel, T. (2018). Ni gauche ni droite? Positioning the candidates in the 2017 French presidential election. *French Politics*. <https://doi.org/10.1057/s41253-018-0059-8>
- Nyhuis, D. (2016). Partei oder Person? Parteispezifische Wahlmotive bei baden-württembergischen Kommunalwahlen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 657-669.
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2016-3-657>
- Wagschal, U., & König, P. (2015). Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat. In *Die Bundestagswahl 2013* (S. 185-210). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02915-9_9